



# Schrittmacher

Zeitung der DKP Berlin für die Charité- & Vivantes-Beschäftigten

**Oktober 2017**



## Abgewählt und abgewatscht

*Die Watsche für CDU/CSU und SPD bei den Bundestagswahlen konnte nicht deutlicher sein.*

🐾 Das Ergebnis der Bundestagswahlen bestimmte in den letzten Wochen die Medien. Die Watsche für die bis dato regierende SPD / CDU – Koalition konnte nicht deutlicher sein. Mit einem Verlust von fast 14 Prozentpunkten strafte das Wahlvolk die Regierung ab. Die SPD erzielte ein historisches Tief (20,5 Prozent) – das gab es zuletzt 1924. In Berlin waren es sogar nur 17,6 Prozent.

Offensichtlich hatte die SPD aber mit einem schlechten Wahlergebnis gerechnet. Schon kurz nach den ersten Hochrechnungen verkündete die SPD, dass sie für eine erneute Regierungsbildung nicht zur Verfügung stehe und beabsichtige, im Bundestag in die Opposition zu gehen.

### Wandel in der SPD?

Das Wahlergebnis der SPD überrascht nicht. Eine Partei, die die „Zeit für soziale Gerechtigkeit“ ausruft, ohne klar zu formulieren, wie sie sich die Umsetzung vorstellt bzw. eine Partei, die durch die Agenda 2010 (so genannte „Hartz – Reformen“) für den sozialen Abstieg großer Bevölkerungsteile verantwortlich zeichnet, hat nichts anderes verdient. Die zaghaften Ansätze des SPD-Spitzenkandidaten, diese Agenda als Fehler zu sehen, reichten nicht aus. Mit einer erneuten Regierungsbeteiligung wäre ein Kurswechsel ausgeschlossen und daher könnte der Gang in die Opposition ein leichter Hoffnungsschimmer sein, aber noch längst keine Garantie, dass die SPD umkehrt.

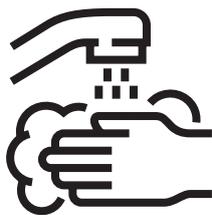
➔ Fortsetzung auf Seite 2



### Kein Geld – keine Leistung

*Gesundheit als Ware*

Das hört sich nicht nach dem deutschen Gesundheitssystem an? Dennoch weist eine aktuelle Umfrage von TNS-Infratest darauf hin, dass ein Drittel der Patienten medizinische Leistungen nicht in Anspruch nimmt, weil es sich die Zuzahlung nicht leisten kann. Seit Jahren steigt die Eigenbeteiligung der Patienten. Zuzahlungen zu Medikamenten, für die Physiotherapie, Krankenhausaufenthalte, die Krankenförderung, den Zahnersatz und auch Vorsorgeuntersuchungen – um nur einige zu nennen – tragen dazu bei, dass die Eigenbeteiligung der Patienten seit 2012 um mehr als 30 Prozent zugenommen hat. 448 Euro im Jahr kommen da zusammen. Menschen ab 60 beteiligen sich sogar mit 577 Euro pro Jahr. Ausgaben für Brillen wurden hierbei noch gar nicht berücksichtigt. Geldmangel führt vor allem bei Frauen, Nicht-Berufstätigen und bei Geringverdienern dazu, dass die Leistung nicht in Anspruch genommen wird – mit allen Konsequenzen für die Gesundheit.



## 30 Sekunden für saubere Hände

### Aktionstag Händedesinfektion

Am 12. September beteiligten sich Pflegekräfte verschiedener Krankenhäuser in Deutschland am ver.di-Aktionstag zur Händedesinfektion, um auf den gefährlichen Personalmangel in Krankenhäusern aufmerksam zu machen. Die Kolleginnen und Kollegen haben die Desinfektion der Hände vorschriftsmäßig vor und nach jedem Patientenkontakt durchgeführt: Circa 30 Sekunden dauert das pro Desinfektion - innerhalb einer Schicht kommen dabei je nach Patientenzahl schnell mal zwei Stunden zusammen. Aber was tun, wenn Personal knapp ist? Auch wenn die Aktion auf einigen Stationen erfolgreich durchgeführt werden konnte, so musste sie doch auf anderen Stationen nach kurzer Zeit abgebrochen werden, denn der Personalmangel war so groß, dass Händedesinfektion nach Vorschrift einfach nicht drin war. Patienten kamen verspätet zu Untersuchungen, mussten auf ihr Essen warten, Blutzuckerwerte wurden später gemessen und auch so mancher Telefonanruf blieb unbeantwortet. Die korrekte Händedesinfektion steht stellvertretend für andere Tätigkeiten, die bei fehlendem Personal auf der Strecke bleiben. Laut ver.di fehlen bundesweit 162.000 Stellen, davon 70.000 in der Pflege. Wo es an Personal mangelt, kann Leben gefährdet werden. Verbindliche gesetzliche Personalvorgaben für die Krankenhäuser sind also notwendiger denn je - im Interesse der Beschäftigten und der Patienten.

## Die neue Regierung wird für das Gegenteil dessen stehen, für das die DKP im Bundestagswahlkampf geworben hat: Frieden - Arbeit - Solidarität.

➔ Fortsetzung von Seite 1

### Neue Mitte-Rechts-Regierung

Die sich anbahnende Mitte-Rechts Regierung aus CDU/CSU, FDP und Grüne verheißt für die Werktätigen, ihren Gewerkschaften und den sozialen Sicherungssystemen nichts Gutes. Alle Parteien stehen für eine marktradikale Politik in leicht variierenden Ausprägungen. Weitere Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, Verschlechterungen auf dem Arbeitsmarkt oder Abbau betrieblicher Gesundheits- und Arbeitsschutzstandards werden Bestandteil dieser Regierungspolitik sein - bei gleichzeitiger Hochrüstung der Bundeswehr und zunehmender Bereitschaft, als Kriegspartei zu agieren. Dagegen gilt es Widerstand zu organisieren. Bedrohlich ist zudem, dass diese Regierung zum Teil durch die vermeintliche „Alternative für Deutschland“ weiter nach rechts driften kann. Insbesondere Teile der CDU und die CSU werden deren Positionen übernehmen wollen.

### Rechtentwicklung bekämpfen

Für die Linkskräfte in Deutschland gilt es, vor diesem Hintergrund alles zu unternehmen, um den außerparlamentarischen Kampf zu stärken bzw. insbesondere soziale Themen und Probleme verstärkt aufzugreifen und solidarisch gegen diese Pläne vorzugehen und für eine Wende zum sozialen und demokratischen Fortschritt einzutreten. Wenn Angela Merkel sich jetzt von CDU/CSU, FDP und Grünen zur Kanzlerin wählen lassen sollte, wird der Rechtsruck in Deutschland weitergehen. Die neue Regierung wird für das Gegenteil dessen stehen, für das die DKP im Bundestagswahlkampf geworben hat: Frieden - Arbeit

- Solidarität. Die Entscheidung der 11 750 Menschen, die dieses Mal DKP gewählt haben, war eine sehr bewusste. Wer nicht bereits an der Seite der DKP den „Weg des Widerstands“ geht, wie es die SDAJ formuliert hat, sei hiermit aufgerufen, dies zu tun.

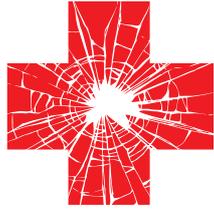
**Der Schrittmacher bedankt sich bei den 1.686 WählerInnen, die der DKP in Berlin ihre Stimme gegeben haben.**



### Aufruf an die Schrittmacher-Leserschaft

Liebe Leserin, lieber Leser, seit über 10 Jahren gibt es nun schon den Schrittmacher, der aller 2 Monate verteilt wird. Wir sind natürlich auch an Eurer Meinung interessiert. Schreibt uns Leserbriefe, gebt uns Hinweise und Tipps. Eure Briefe bitte an: Deutsche Kommunistische Partei Landesorganisation Berlin Franz-Mehring-Platz 1 10243 Berlin  
**Tel.:** 030.29783132  
Büroöffnungszeiten:  
Mo. - Do. 16 Uhr - 19 Uhr  
**Mail:** info@dkp-berlin.info

Eure Schrittmacher-Redaktion



# Schwarz-Gelb-Grün gegen Öffentliche Daseinsvorsorge

*Gesundheitspolitik nach der Wahl*

✦ *In der Konstellation Schwarz-Gelb-Grün ist damit zu rechnen, dass die Angriffe auf die öffentliche Daseinsvorsorge heftiger werden. Schwarz-Gelb-Grün wäre für die Kommunen ein fortgesetzter, beschleunigter Gang durchs Tal der Tränen. Öffentliche Daseinsvorsorge ist für FDP und Grüne ganz selbstverständlich etwas, was vom Geldbeutel der Eltern bzw. Angehörigen abhängt. Oftmals entscheiden (Kommunal-)Politiker z.B. gar nicht mehr darüber, wie und wo unsere Alten bis zu ihrem Tod verwahrt werden. Das alles hängt davon ab, wie viel Geld die Betroffenen zur Verfügung haben. Viele kommunale Krankenhäuser sind schon geschlossen oder privatisiert worden. Hier einige Positionen der künftigen Regierungsparteien zur Gesundheit ...*

## **CDU/CSU**

- Nebeneinander von gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen: Ablehnung einer Bürgerversicherung
- Höhere Krankenkassenbeiträge sollen weiterhin allein die Arbeitnehmer bezahlen.
- Für Krankenhäuser sollen bei der Vergütung auch Preissteigerungen und Tariferhöhungen ausgeglichen werden.
- Verbot des Versandhandels bei Apotheken
- CSU ist für weitere Verbesserungen für Hebammen.

## **Grüne**

- Bürgerversicherung (einschließlich der Beamten, Selbstständigen und Gutverdienern) für alle.
- Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung (Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen jeweils die Hälfte der Beiträge)
- Abschaffung der Zusatzbeiträge, Zuzahlungen und sonstige Selbstbeteiligungen
- Bei Arzthonoraren kein Unterschied mehr zwischen gesetzlich und privat Versicherten.
- Notfallversorgung reformieren.
- Höhere Löhne und eine gesetzliche Haftpflichtversicherung Hebammen

## **FDP**

- Mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen
- Nebeneinander von privater oder den gesetzlicher Kasse: Bürgerversicherung wird abgelehnt.
- Verteilungsmechanismen des Gesundheitsfonds sollen überprüft werden.
- Verschiedene Tarife und Selbstbeteiligungen für die Versicherten (Wahlmöglichkeit).
- Bundeszuschuss für Bundesländer, die ihre Investitionsverpflichtungen bei Krankenhäusern erfüllen.
- Rahmenbedingungen für ein Nebeneinander von Versandapotheken und Apotheken vor Ort.

## **Weg des Widerstandes**

Diese Positionen zeigen, was erwartbar ist. Dagegen gilt es Widerstand



## 100 Jahre Roter Oktober

*DKP, RotFuchs & SDAJ laden ein zu Konferenz & Konzert*

Eine Konferenz mit Ellen Brombacher, Dietmar Dath, Florian Hainrich, Stefan Huth, Patrik Köbele, Bruno Mahlow und Ellen Schernikau  
Kulturprogramm mit Achim Bigus, Erich Schaffner, Gina Pietsch, und Singegruppe Rotfuchs  
Konzert mit Free Willy und Bejarano & Microphone Mafia

**Termin:** Sa, 21.10.2017

13:00 – 22:00 Uhr

**Ort:** Kino Babylon

**Eintritt:** Konferenz 5 €, Konzert 6 €, Kombi 10 €  
Karten gibt es im UZ Shop oder bei deiner DKP vor Ort.

**Medienpartner:** junge Welt, Marxistische Blätter, Melodie & Rhythmus – Magazin für Gegenkultur, Position, UZ – Unsere Zeit

**Unterstützer:** Bundesverband Arbeiterfotografie, Deutscher Freidenker Verband, Freundeskreis Ernst-Thälmann-Gedenkstätte, GRH, KAZ, KI Gera 2010, KPD, Marx-Engels-Stiftung, OKV, Revolutionärer Freundchaftsbund e.V., Rote Hilfe

zu organisieren. Und irgendwann wird der gewerkschaftliche Kampf um bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne, wie ihn gerade die KollegInnen der Charite führen, auch seinen Ausdruck in Wahlergebnissen finden.



## Grenzen setzen!

Gewerkschaft macht mobil: Bundesweite Aktionstage am 10./11.10. und 24./25.10

Die Auseinandersetzung um bessere Arbeitsbedingungen im Krankenhaus, mehr Personal und damit auch mehr Patientenschutz geht weiter. Der Betrieb im Krankenhaus kann oft nur aufrecht erhalten werden, weil die Beschäftigten mehr machen, als sie eigentlich müssten. Nun werden die Beschäftigten an den Aktionstagen unter dem Motto „Grenzen setzen“ zeigen, wie es ist, wenn sie mal nicht ihre Pause sausen lassen, Überstunden machen oder z.B. ihr Frei opfern und zum Dienst kommen. Wichtig, dass sich möglichst viele Häuser und Stationen beteiligen. Denn nur, wenn sich in den Betrieben weiterhin Widerstand regt, werden sich die Arbeitsbedingungen verbessern. Eine gute Gelegenheit, die eigene Kraft zu spüren und die notwendige Stärke zu zeigen.



**Kontakt & Impressum:**  
Deutsche Kommunistische Partei  
Landesorganisation Berlin  
Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin  
**Tel.:** 030.29783132  
**Mail:** info@dkp-berlin.info  
**Web:** www.dkp-berlin.info

V.i.S.d.P.: R. Perschewski,  
Franz-Mehring-Platz 1, Berlin



## Kein TV ÖD für die CFM-Beschäftigten

Berliner Senat als Blockierer

Man hatte es ja schon geahnt und hätte sich gewünscht, mit der Skepsis, die wir in der letzten Schrittmacher-Ausgabe bezüglich des Senats und seiner Rolle bei der Eingliederung der CFM an den Tag gelegt hatten, nicht recht zu behalten. Doch es kam anders. Obwohl im Koalitionsvertrag von „zügiger“ - im Senat seit Langem nur noch von „schrittweiser“ - Angleichung an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TV ÖD) die Rede ist, schießt nun die SPD quer.

Von einer Anhebung der Löhne der CFM-Beschäftigten ist keine Rede mehr - im Gegenteil: "Das können wir uns nicht leisten", erklärte Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) gegenüber der Berliner Morgenpost. "In der Breite wird das auch auf Dauer nicht möglich sein. Es wäre nicht bezahlbar, wenn wir nach Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst bezahlen", so der Senator weiter. Was er und Wissenschaftsstaatssekretär Steffen Krach in Aussicht stellen, ist ein Lohn um die 11 Euro herum. Das sind 4 Euro weniger, als die Beschäftigten nach Charite-TV bekommen würden - und noch unter den 12 Euro, die man mindestens haben müsste, um vor Altersarmut gefeit zu sein.

Kein Geld, um 2200 nach der Re-kommunalisierung im Landesdienst Beschäftigten eine angemessene Vergütung zu zahlen, aber Millionen

für den Berliner Flughafen - das ist die Politik des Berliner Senats.

### Charite im Streik

Im Fall des Streiks der Charite für mehr Personal spielte die Klinikumsleitung im Verbund mit dem Eigentümer Berliner Senat eine ähnlich unrühmliche Rolle. Am 18. September begann der Streik, wobei den Streikenden die ersten vier Tage eine Notdienstvereinbarung verweigert wurde. Das kam einem faktischen Streikverbot gleich. Denn ohne die bis dato übliche Notdienstvereinbarung waren die Beschäftigten ihrer effektiven Streikstrategie beraubt, da die Arbeit nicht reduziert wurde. Es gab denn auch nach fünf Tagen noch kein Angebot des Klinikvorstandes. Der Streik wurde am 22. September ausgesetzt, aber nicht beendet. Am 29.09 gab es eine kurzfristig angesetzte Verhandlungsrunde zwischen der ver.di und der Charité mit leichter Bewegung bei den Arbeitgebern, der Streikaufruf ab dem 4.10. blieb aber bestehen.

### Bundesweite Bewegung

Der Streik an der Charité fand zeitgleich mit bundesweiten Protesten für mehr Personal im Krankenhaus statt. Am 19. September wurde dafür an sieben Krankenhäusern gestreikt, zahlreiche weitere Häuser führten am 19. September Aktionen durch. Eins ist deutlich geworden: Um das dicke Brett „mehr Personal“ zu bohren, braucht man einen langen Atem und kann sich nur auf seine eigene Kraft, die des organisiert sein, verlassen.